

## BürgerInnen-Forum

zur Atomenergie und den Konsequenzen einer Energiewende  
für Leben und Arbeiten in Nordfriesland

Abschlussklärung der

„Ethik-Kommission Nordfriesland“

### Einleitung

1. Ethischer Impuls
2. Keine Zukunft für die Atomkraft
3. Keine Zukunft für die Kohlekraft
4. Erneuerbare stark machen
5. Effizient wirtschaften
6. Energie verteilen
7. Politischen Einfluss wahrnehmen
8. Mut zu Veränderungen

Im April und Mai 2011 haben sich Bürgerinnen und Bürger aus Nordfriesland drei Mal im Christian Jensen Kolleg in Breklum getroffen. Sie haben in einem offenen BürgerInnen-Forum ihre energiepolitischen Vorstellungen diskutiert und sich transparent auf Dialogregeln und Verfahrensweisen verständigt. Schließlich haben sie eine gemeinsame Erklärung beschlossen. Sie nehmen damit die von Bundeskanzlerin Merkel initiierte Idee einer „Ethik-Kommission“ auf, die zeitgleich in Berlin tagte. Die TeilnehmerInnen der Treffen dieser „Ethik-Kommission Nordfriesland“ sehen ihre Verantwortung für die bundesdeutsche Debatte, darüber hinaus auch den globalen Horizont, in dem Energieprobleme heute diskutiert werden. Sie wollen aber auch einen Impuls aus einer Region geben, die in den letzten Jahren im Jahresmittel einen Selbstversorgungsgrad von 170% mit erneuerbar produziertem Strom erreicht hat und sich seit geraumer Zeit gegen ein CO<sub>2</sub>-Endlager in ihrer Region ausspricht. Sie sehen sich als BewohnerInnen einer Region, die die gegenwärtig diskutierte „Energiewende“ längst begonnen hat und weiter daran arbeiten wird.

## 1. Ethischer Impuls

Die Nutzung der Atomkraft zur Energiegewinnung birgt das mittlerweile durch die Unfälle von Tschernobyl und Fukushima erwiesene Problem immenser und irreversibler Schäden. Der laufende Betrieb bringt unabwendbar radioaktive Abfälle mit sich, für die auch nach Jahrzehnten in Deutschland kein Endlager gefunden oder auch nur in Sicht ist.

Jede Anwendung von Technologien bringt Probleme aufgrund von Fehlkonstruktionen, menschlicher Fehlleistung oder äußerer Einflüsse (z.B. Naturkatastrophen) mit sich. Die Nutzung der Atomkraft hat aber Folgen, die keinesfalls hinnehmbar, sondern unkalkulierbar und von großer Langzeitwirkung sind. Jede vernünftige ethische Abwägung muss von diesem Risiko abraten. Nach Jahrzehnten der Erfahrung mit der Kernkraft, diversen Störfällen und zwei Super-GAUs kann die Lehre nur sein, dieses „Spiel mit dem Feuer“ so schnell wie möglich zu beenden.

Die Notwendigkeit der Endlagerung atomaren Mülls bis zu einer Million Jahren bürdet zukünftigen Generationen Probleme auf, die sie nicht verantwortet haben. Endlagerung bedeutet, unseren Kindern und Enkeln Lasten aufzuzwingen für die Art der Energiewirtschaft, die wir heute betreiben. Wir halten das nicht für zulässig. Es entspricht keinesfalls der Art, wie wir kommenden Generationen im Gedächtnis bleiben möchten.

Der Nutzung von fossilen Energien verdanken wir die Lebensqualität, die wir heute erreicht haben. Trotzdem wissen wir, dass wir dadurch einen Klimawandel schon erzeugt haben und weiterhin erzeugen. Dies hat bereits heute Folgen, die sich in den kommenden Jahrzehnten zuspitzen werden. Die Definition von Nachhaltigkeit, die 1987 im sogenannten Brundtland-Bericht formuliert worden ist (*„Nachhaltige Entwicklung ist Entwicklung, die die Bedürfnisse der Gegenwart befriedigt, ohne zu riskieren, dass künftige Generationen ihre eigenen Bedürfnisse nicht befriedigen können“*), hält uns dazu an, den jetzt Lebenden und den Kommenden elementare Rechte zuzugestehen und ihre notwendigen Anliegen zu erfüllen. Der Klimawandel und die Nutzung der fossilen Energien gefährdet dieses Ziel in dramatischer Weise. Daher ist eine „Energiewende“ dringend geboten, die die Lebensräume und Ressourcen dieses Planeten schützt und die Menschen sowie die ökologischen Systeme behutsam behandelt und in das Zentrum allen Handelns stellt.

§ 2, Abs. 1 des Grundgesetzes gesteht den BürgerInnen zu, die eigene Persönlichkeit frei zu entfalten, sofern sie nicht gegen das „Sittengesetz“ verstößt. Abs. 2 spricht darüber hinaus den BürgerInnen das Recht auf Leben und körperliche Unversehrtheit zu. Wir sehen auch auf dem Gebiet der Energiepolitik dieses Ziel als maßgeblich an: heute hat das u.a. von den Vereinten Nationen vertretende Leitbild einer nachhaltigen Entwicklung maßgebliche Bedeutung für ein Sittengesetz. Zukunftsfähige Energiepolitik muss unbedingt das Recht auf Leben garantieren – und dies nicht nur in Deutschland, sondern in einer globalen Verantwortung.

## **2. Keine Zukunft für die Atomkraft**

**2.1.** Wir treten für die dauerhafte Abschaltung der im Zuge des „Moratoriums“ stillgelegten Kernkraftwerke ein. Für die anderen Anlagen ist ein Ausstieg zu gestalten, der bis spätestens 2017 in Deutschland zu einem Ende der Stromerzeugung aus Kernkraftwerken führt.

Dazu erläutern wir: zu den wesentlichen Problemen der Kernkraftnutzung gehören technische Defekte (z.B. Harrisburg, USA, 1979), Verstöße gegen geltende Sicherheitsbestimmungen (z.B. Tschernobyl, 1986), Naturkatastrophen (Fukushima, 2011), Wartungs- und Bedienfehler (Harrisburg, Tschernobyl), das Fehlen von Sicherungen gegen Angriffe, fehlende sichere Endlager und das Fehlen einer gesicherten Infrastruktur bei Reaktorkatastrophen.

**2.2.** Für die hochradioaktiven Abfallstoffe aus Atomanlagen ist ergebnisoffen und im gesamten Bundesgebiet ein Zwischen- und Endlager zu suchen.

Wir unterstützen die Vorschläge des Arbeitskreises Endlager aus dem Jahr 2002, der eine breite und offene Suche in den möglichen geologischen Formationen für ein langfristig sicheres Endlager vorschlägt und darüber hinaus einen breiten gesellschaftlichen und transparenten Dialog in dieser Frage für notwendig hält. Der Vorstoß des Baden-Württembergischen Ministerpräsidenten Kretschmann für eine Endlager-Suche auch in Baden-Württemberg weist in eine neue und wichtige Richtung.

**2.3.** Der Umgang mit dem Personal, das in den Erneuerbare-Energien-Branche beschäftigt ist, muss zum Gegenmodell für die Arbeitsverhältnisse von „Liquidatoren“ und „Aufräumarbeitern“ werden: weniger Risiken, umfassender Arbeitsschutz, Mindestlöhne, Tarifverträge und Betriebsräte gehören dazu, um die erneuerbaren Energien auch für die dort Beschäftigten zukunftsfähig zu machen.

Der Blick nach Japan auf die Leiharbeiter von Fukushima zeigt, wie hochgefährlich die sogenannten „Aufräumarbeiten“ an beschädigten Reaktoren sind. Diese Arbeit wird teilweise von Arbeitern aus angeheuerten Subunternehmen ausgeführt. Sie sind unfassbar brutalen Bedingungen und hoher Strahlung ausgesetzt und werden schlecht bezahlt. Auf der ganzen Welt kann die Atomenergie-Industrie niemals das Recht auf körperliche Unversehrtheit gewährleisten. Profit geht vor Arbeitssicherheit. Das ist ethisch nicht vertretbar!

## **3. Keine Zukunft für die Kohlekraft**

**3.1.** Stromerzeugung auf Grundlage fossiler Energieträger kann keine Zukunft haben: sie befördert den Klimawandel und kann daher nur noch für eine eng begrenzte Übergangszeit genutzt werden. Über die gegenwärtig betriebenen oder aktuell im Bau befindlichen Kohlekraftwerke hinaus sind neue Kraftwerke nicht notwendig. Vielmehr behindern Neubauten den Ausbau der Erneuerbaren Energien, bremsen die Energiewende aus und behindern damit systematisch die Erneuerbare-Energien-Branche, aber auch das Engagement der Stadtwerke für dezentrale Lösungen. Damit bedeuten Kohlekraftwerke einen erheblichen wirtschaftlichen Schaden für den Technologie-Standort Deutschland. Auch für die ländlichen Regionen Deutschlands, die an der Energiewende erheblichen Anteil haben, befürchten wir negative Auswirkungen.

**3.2.** Die CCS-Technologie versucht die Kohlekraft „grün“ zu machen. Aber CCS kann das Grundwasser gefährden und Lecks können nicht mit der nötigen Sicherheit für einen sehr langen Zeitraum ausgeschlossen werden. Der Wirkungsgrad der Kraftwerke verschlechtert sich und eine zentrale Struktur der Energiegewinnung wird unterstützt, die der Vergangenheit angehören sollte. Die Übergabe der CO<sub>2</sub>-Lager an die öffentliche Hand dreißig Jahre nach Schließung des Lagers stellt ein nicht akzeptables Abwälzen von wirtschaftlicher Verantwortung auf die Öffentlichkeit dar. Fördergelder für die Erforschung der CCS-Technologie sind lediglich Investitionen in eine Sackgasse und werden an anderer Stelle dringend benötigt, z.B. für die Förderung der Erneuerbaren oder Energieeffizienz-Maßnahmen.

**3.3.** Für eine Übergangszeit sind Gaskraftwerke akzeptabel, da sie regelbarer sind und eine geringere spezifische CO<sub>2</sub>-Belastung bedeuten.

#### **4. Erneuerbare stark machen**

**4.1.** Erneuerbare Energien stellen eine technisch beherrschbare und Störungen oder menschliche Fehler tolerierende Alternative zur Stromerzeugung aus Kernkraft oder Kohle dar. Es handelt sich um erprobte Technologien. Sie sind dezentral, fördern den ländlichen Raum und sind geeignet, das Oligopol am Energiemarkt, das wir seit langer Zeit in Deutschland haben, aufzubrechen.

Der weitere Ausbau der Erneuerbaren Energien muss umsichtig und nachhaltig geschehen: so trifft z.B. die „Vermaischung“ der Landschaft vielerorts aus Natur- und Landschaftsschutzgründen auf Widerstände, nicht in allen Fällen ist die Energie-Effizienz der Maßnahme erwiesen, teilweise – wie bei der Fotovoltaik – findet eine Überförderung durch das EEG statt, die durch regelmäßige Anpassungen des Gesetzes verhindert werden muss.

**4.2.** Erneuerbare Energien sind in absehbarer Zeit auch wirtschaftlich konkurrenzfähig, wie verschiedene Studien zeigen. Sie vermindern überdies externe Kosten durch ihre geringen Umweltbelastungen. Für Kohle- und Kernkraftwerke sind transparente Vollkostenrechnungen (inkl. Versicherung) anzustellen, die aufdecken, dass der Allgemeinheit die vermeintlich billige Energie teuer zu stehen kommt.

**4.3.** Der einfachste Weg für eine deutliche Entlastung der CO<sub>2</sub>-Emissionen jedes Haushalts ist der Bezug von Grünem Strom. Die öffentlichen Einrichtungen sollten mit gutem Beispiel vorangehen und ihre Ausschreibungen entsprechend gestalten. Wir sind verständnislos, dass z.B. das Land Schleswig-Holstein für die Landesimmobilien keinen Grünen Strom bezieht und damit den Konsum regionaler Produkte unseres Bundeslandes boykottiert.

Als Angebote für Grünem Strom empfehlen wir vor allem solche, die sich durch Zertifikate ausweisen können, die nachweislich zu Investitionen in Erneuerbare Energien führen und keine Beziehungen zur Kohle- und Atomwirtschaft aufweisen (Infos z.B. unter <http://www.robinwood.de/OEkostrom>

[Wechsel-Jetzt.oekostrom.0.html](#)). Tarife, die z.B. nur den Strom alter Laufwasserkraftwerke verkaufen, helfen nicht weiter.

## **5. Effizient wirtschaften**

**5.1.** Das beste Kraftwerk ist das, das gar nicht erst gebaut werden muss. Alle gegenwärtigen Szenarien für eine Energiewende sehen eine wesentliche Chance in der Steigerung der Energieeffizienz. Diese muss um 3% im Jahr gesteigert werden. Ordnungsrechtliche Maßnahmen vor allem im Gebäude- und Verkehrsbereich, Fördermittel, ein „Top-Runner-Programm“ (wie in Japan) u.a.m. sind geeignete und wichtige Maßnahmen.

**5.2.** Die Politik sollte den Menschen klar machen, dass die Steigerung der Energieeffizienz eine Aufgabe ist, die von jedem geleistet werden kann und muss. So sind z.B. brennende Lampen oder laufende Computer ohne Nutzer und fehlende Energiesparlampen keine Kleinigkeiten, sondern Ärgernisse, die die Allgemeinheit belasten. Auch „Rebound-Effekte“, wie sie z.B. im Automobilbau vorkommen, sollten nach Möglichkeit verhindert werden.

**5.3.** Neben einer Effizienz-Strategie ist auch die Frage nach dem Genug (Suffizienz-Debatte) wichtig. Eine gesellschaftliche Debatte darüber, was wir uns noch leisten wollen und können, dürfen wir uns nicht ersparen. Die gesicherte Einsicht, dass wir mit unseren Konsumansprüchen die natürlichen Systeme der Erde überfordern, muss Konsequenzen haben. Wir wünschen uns auch bei den politisch Verantwortlichen Mut zu dieser unpopulären Debatte und unpopulären Entscheidungen.

Die gegenwärtige Klimaforschung geht davon aus, dass das naturverträgliche Maß für alle Menschen eine CO<sub>2</sub>-Emission von 2 t/a und Person beträgt. Dieses Ziel hat Bundeskanzlerin Merkel bereits in einer Rede 2007 unterstützt. Bei einem deutschen Wert von gegenwärtig 10 t/a und Person wird damit die Größe und Notwendigkeit der Debatte deutlich.

**5.4.** Laut einer Studie des Umweltbundesamtes hatten die umweltschädlichen Subventionen 2008 allein auf Bundesebene einen Umfang von 48 Milliarden Euro. Solche Subventionen belasten den öffentlichen Haushalt und untergraben die Bemühungen um einen besseren Ressourcenschutz. Überdies ermutigen z.B. die Energiesteuerbefreiung für Kerosin oder die Mehrwertsteuerbefreiung bei internationalen Flügen die Verbraucher, diese extrem umweltschädlichen Verkehrsmittel zu nutzen. Wir rufen den Gesetzgeber auf, die Steuergesetzgebung von umweltschädlichen Effekten zu befreien.

## **6. Energie verteilen**

**6.1.** Verschiedene Studien belegen, dass wir einen erheblichen und zügigen Netzausbau in Deutschland brauchen. Durch das Zurückfahren oder durch Komplettabschaltungen der Windenergieanlagen aufgrund mangelnder Netzanbindung entsteht allein in Nordfriesland

ein volkswirtschaftlicher Schaden von mehr als 10 Mio. Euro jährlich. Die Ausweisung von Windvorrangflächen sollte mit dem Ausbau der Netze einhergehen. Dabei sind die BürgerInnen mit einzubeziehen.

**6.2.** Neben dem Netzausbau sind andere intelligente Lösungen wie z.B. durch Batterien zu prüfen und zu erforschen. Regionale Ideen wie zum Beispiel die Elektromobilitätsgenossenschaft „eE4mobile“ (<http://www.ee4mobile.de>) können helfen, Energie zu speichern und gleichzeitig Mobilität in einem ländlichen Raum nachhaltiger zu gestalten.

## **7. Politischen Einfluss wahrnehmen**

**7.1.** Der Kreis Nordfriesland hält einen Anteil von 1,84% an der E.ON Hanse AG. Der Kreis sollte die schleswig-holsteinischen Landkreise auffordern, mit ihrem gemeinsamen Anteil von 26,2% des Stammkapitals der E.ON Hanse AG ihren Einfluss auf die energiepolitische Ausrichtung des Unternehmens wahrzunehmen. Dies betrifft sowohl die Abkehr von Atom- und Kohlestrom als auch den verstärkten Einstieg in Erneuerbare Energien. Ebenso sollten die Kommunen ihren Einfluss auf die Stadtwerke und regionalen Versorger nutzen, dass diese ihre Verbindung zur Atomwirtschaft abbrechen und zukünftig ausschließlich Grünen Strom anbieten

**7.2.** Die öffentlichen Einrichtungen sollten ihren Vorbildcharakter deutlicher wahrnehmen. Das betrifft den Bezug von Grünem Strom, den die GMSH für die Landesimmobilien beziehen sollte, aber auch die energetische Sanierung der öffentlichen Gebäude und das Beschaffungswesen der Kreise und Kommunen, das deutlicher als bisher fair und sozial ausgerichtet sein sollte. Das integrierte Klimaschutzkonzept des Kreises Nordfriesland ist ein guter Anfang, der aber Folgen haben muss.

Die Erfolge auf dem Gebiet der öffentlichen Gebäude sollten fortgesetzt werden. Dabei gilt es, öffentlichkeitswirksam Erreichtes zu vermitteln – und so Zeichen zu setzen. Die Ankündigung der neuen grün-roten Regierung in Baden-Württemberg, in Zukunft verbrauchsärmere Dienstwagen für die Minister anzuschaffen, die Bahn oder das Fahrrad für dienstliche Fahrten zu nutzen, weist in die richtige Richtung, für die man sich viele Nachahmer in öffentlichen Ämtern wünscht. Prestigeträchtiger Überkonsum sollte heute kein Aushängeschild mehr für PolitikerInnen sein.

**7.3.** Bürgerinnen und Bürger haben sich besonders in letzter Zeit engagiert für ihre Haltung in der Energiepolitik: so z.B. in der CCS-Bürgerinitiative in Schleswig-Holstein, auf verschiedenen Anti-AKW-Demonstrationen oder bei Mahnwachen anlässlich der Katastrophe von Fukushima. Wir rufen alle Bürgerinnen und Bürger auf, sich weiterhin für Ihre Anliegen einzusetzen und kritisch oder unterstützend Einfluss auf die Politik zu nehmen.

## **8. Mut zu Veränderungen**

**8.1.** Die Energiewende wird von allen Bürgerinnen und Bürgern einiges verlangen: sie sind es, die entscheiden, was sie konsumieren, ob sie Energie sparende oder umweltfreundliche Geräte kaufen, wie sie heizen und wohnen oder welche Verkehrsmittel sie nutzen. Hier sehen wir Chancen, auf die wir nicht warten müssen, für die wir die Politik nicht brauchen, sondern die wir schon heute ergreifen können.

**8.2.** Die Energiewende bedeutet auch, sich auf Veränderungen in der Energieversorgung einzulassen. Es bedeutet Akzeptanz für einen umsichtigen Ausbau der Netze und für die Errichtung neuer Anlagen zur Gewinnung erneuerbarer Energie. Uns ist bewusst, dass der Abbau umweltschädlicher Subventionen oder auch ordnungsrechtliche Maßnahmen, die in den kommenden Jahren auf uns zukommen dürften, als Belastung erlebt werden können. Wir wissen aber, dass dies einer nachhaltigen Entwicklung Deutschlands dienen kann und in vielen Fällen positive Effekte haben wird.

---

Die Abschlusserklärung „Ethik-Kommission Nordfriesland“ wurde am 18. Mai 2011 mit einem Stimmenverhältnis von 19 Ja-Stimmen, einer Enthaltung und einer Nein-Stimme beschlossen.

Die insgesamt 30 Mitwirkenden der „Ethik-Kommission Nordfriesland“ und weitere BürgerInnen und Institutionen können sich namentlich der Abschlusserklärung anschließen.

Text-Redaktion: Dr. Thomas Schaack, Friedemann Magaard, Breklum